

Kleine Anfrage 1037

des Abgeordneten Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Definition „Wald“ und „Waldgrundstücke“ im Land Brandenburg

Zahlreiche Kommunen im Land Brandenburg liegen in waldreichen Gebieten und sind selbst in dem inneren Ortskern mit vielen Bäumen bestückt. Immer wieder kommt es vor, dass Grundstückseigentümer, wenn sie auf einem Grundstück, das mit Bäumen bewachsen ist und sich in innerörtlicher Lage befindet, einen Bauantrag stellen, um dort Gebäude zu errichten, die mit der Tatsache konfrontiert werden, dass ihnen mitgeteilt wird, dass es ein entsprechendes „Waldgrundstück“ ist, und dass sie dieses Grundstück nur nutzen können, wenn sie eine entsprechende „Waldumwandlung“ vornehmen.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Welche Definition von „Wald“ gilt für Grundstücke in innerörtlichen Lagen, innerhalb der normalen Bebauungsgrenzen geschlossener Ortschaften?
2. Wie groß muss ein Grundstück sein, um als „Wald“ deklariert zu werden?
3. Gibt es Obergrenzen? Wenn ja, wie groß sind diese? Wo ist dies entsprechend festgelegt?
4. Wer bestimmt, ob ein Grundstück ein „Waldgrundstück“ ist, wenn es sich in einer innerörtlichen Lage befindet? Welche Regelungen kann hier ggf. die Baumschutzverordnung einer Kommune oder eines Landkreises treffen?
5. Zum Thema „Wald“:
Wenn sich ein Grundstück in innerörtlicher Lage befindet und mit Bäumen bestanden ist, reicht dann eine Baumfällgenehmigung beim Umweltamt oder muss eine Waldumwandlungsgenehmigung beim Forstamt gestellt werden?
6. Was konkret definiert „innerörtliche“ Lage, wenn es keinen Bebauungsplan gibt?